



Papst Benedikt XVI., hier begleitet von Privatsekretär Georg Gänswein, hat interne Ermittlungen veranlasst

Der römische Beobachter

Jetzt werden auch Kardinäle befragt: Wer schmuggelte die Geheimakten an die Presse? VON MARCO ANSALDO

Für den Vatikan ist klar, wo der Feind steht. »Viele Journalisten gefallen sich darin, Dan Brown zu spielen. Sie erfinden fortgesetzt Märchen und wärmen alte Geschichten auf«, sagte Tarcisio Bertone in Rom. Wenn der Kardinalstaatssekretär Bertone, der Regierungschef des Heiligen Stuhls, im Interview mit seiner hauseigenen Wochenzeitung *Famiglia Cristiana* solche Worte spricht, dann gibt er der Öffentlichkeit zu verstehen: Die Verantwortlichen für die Krise im kleinsten, aber vielleicht einflussreichsten Staat der Welt, dessen Glaubensgrundsätzen Milliarden von Menschen anhängen, sind die Leute von der Presse. Kritikabwehr ist ein Reflex, der sich im Vatikan automatisch einstellt, wenn jemand versucht, das System der Geheimhaltung zu kritisieren. Die Kritiker werden verteuelt, und man selber inszeniert sich als verfolgte Unschuld. Der apokalyptische Ton, in dem der Vatikan sich verteidigt, soll Kritiker einschüchtern und weitere Kritik ersticken. Deshalb hat Bertone auch verkündet, dass es »einen Willen zur Spaltung« der Kirche gebe, »der vom Bösen kommt«, also vom Erzfeind, vom Beelzebub, vom Teufel. Die katholische Kirche selber sei vollkommen einig, behauptet Bertone, und es gebe in ihrem Inneren keine

Spaltungen, weder zwischen dem Papst und seinen Mitarbeitern noch unter den Kardinälen. »Wir erleben stattdessen den wiederholten und hartnäckigen Versuch, Zwietracht zwischen dem Heiligen Vater und seinen Mitarbeitern zu säen. Und das hat an sich etwas Böses.« Mit anderen Worten, der Vatikan ist nicht bereit zur Selbstaufklärung. Denn der hier spricht, ist nicht irgendein Kardinal. Bertone bekleidet unter Benedikt auch das verantwortungsvolle Amt des Camerlengo, das heißt jener Person, die im Fall einer Sedisvakanz nach dem Tod des Papstes den Vorsitz der Verwaltung innehat. Nicht nur die Journalisten müssen sich brüskiert fühlen, sondern alle Katholiken, die jetzt nach Rom schauen – wenn Bertone mitten in der Vatikankrise erklärt, dass der Vatikan keine Krise habe. »Wir kommen regelmäßig zusammen, wir pflegen einen außerordentlichen Gemeinschaftsgeist. Und das ist genau das Gegenteil von dem, was die Massenmedien darstellen.« Heftig Bertone die italienische Presse an, die immer neue kompromittierende Geheimdokumente aus dem Vatikan veröffentlicht. Im Ausland verstehe kein Mensch den Furor mancher italienischer Zeitungen. Wirklich nicht? Offenbar will Bertone nicht sehen, dass in der ganzen Welt über VatiLeaks diskutiert wird. Und dass die Veröffentlichung der Dokumente Folgen haben wird. Ein Bei-

spiel: Bischof Carlo Maria Viganò, der ehemalige Generalsekretär des vatikanischen Governorats, kritisierte in einem Brief vom 27. März 2011 an den Papst »Korruption und Machtmissbrauch« innerhalb des Vatikans. Das ist keine Erfindung der Presse, sondern eine betriebsinterne Analyse. Man konnte sie ignorieren, solange sie geheim war. Aber jetzt? »Ich stehe mitten im Getümmel«, sagt der Kardinalstaatssekretär, dessen bisherige Politik als »erster Diener« des Papstes nun infrage steht. Es geht jetzt auch um seinen Posten. Es ist eine Entscheidungsschlacht. Bisher galt Bertone als Antipode von Benedikts Privatsekretär, dem Prälaten Georg Gänswein. Doch jetzt scheinen alte Diskrepanzen keine Rolle mehr zu spielen. Der innere Kreis der Würdenträger um den Papst gibt sich geschlossen. Aber für langjährige Beobachter hat die Situation etwas von einer Waffenruhe. Wahrscheinlich wurde sie von Benedikt selbst verordnet, den man noch nie so ärgerlich erlebte wie in den letzten Tagen. Das Staatssekretariat organisiert derzeit weitere Verteidigungsmaßnahmen. Zuletzt gab es zwei

Interviews in der offiziellen Vatikanzeitung *Osservatore Romano*, darin beschworen Bischof Angelo Becciu und Kardinaldekan Angelo Sodano die Einheit der Kirche. In der Zwischenzeit gehen die strafrechtlichen Ermittlungen weiter. Da sind zunächst die Vernehmungen des bislang einzigen Verhafteten, des Kammerdieners Paolo Gabriele, der angeklagt ist, Dokumente vom Schreibtisch des Papstes entwendet zu haben. Und es läuft die Suche nach weiteren Verantwortlichen, nach hochrangigen Verrätern innerhalb der Mauern des Vatikans. Zu diesem Zweck wurde eine aus drei Kardinälen bestehende Untersuchungskommission gebildet. Der Papst hat sie Anfang der Woche erstmals im Apostolischen Palast empfangen, um sich über die bisher erzielten Ergebnisse berichten zu lassen. Zur Kommission gehören: erstens der Spanier Julián Herranz Casado als Vorsitzender der Kommission, Jurist des Opus Dei und ehemaliger Präsident des Päpstlichen Rates für die Interpretation von Gesetzestexten. Zweitens der Slowake Jozef Tomko,

ehemaliger Präfekt der Kongregation für die Evangelisierung der Völker. Drittens der Italiener Salvatore De Giorgi, einstiger Erzbischof von Palermo. Alle drei sind emeritierte Kardinäle, das heißt, sie haben weder in der Seelsorge noch an der Kurie Ämter inne, und sie sind außerdem älter als 80 Jahre – nehmen also an einem künftigen Konklave nicht teil. Sie haben freie Hand bei ihren Ermittlungen und sind mit einem umfassenden Mandat des Papstes ausgestattet. Dieser verfolgt ihre Arbeit aus nächster Nähe. Natürlich unterliegt alles absoluter Geheimhaltung. Bisher weiß man nur, was der Pressesprecher des Papstes, Pater Federico Lombardo, bekannt gab: dass die Kardinalskommission 23 Personen angehört habe. Unter ihnen seien »höhere vatikanische Angestellte, Kleriker und Laien«, einschließlich des Kammerdieners und einiger Personen, die nicht im Vatikan arbeiten. Wenn jemand angehört werde, heiße das aber nicht automatisch, dass er verdächtigt werde. – Das muss aus diplomatischen Gründen gesagt werden, denn unter den Angehörten sind auch Kardinäle, bis jetzt übrigens nur Italiener. Der Autor ist Vatikan-Experte der italienischen Zeitung »La Repubblica« Aus dem Italienischen von KARL PICHLER

Drei Kardinäle
leiten die geheimen Untersuchungen im Vatikan, mit einem umfassenden Mandat des Papstes. Bisher wurden 23 Personen angehört

Ein Mann macht Ernst

Der Sprecher der Missbrauchsoffer Norbert Denef ist im Hungerstreik: So will er erreichen, dass die SPD sich für die Abschaffung der Verjährungsfristen einsetzt VON EVELYN FINGER

Der Gedanke an den Selbstmord ist ein großer Trost. Denn er hilft uns, sagt Nietzsche, über die Verzweiflung hinweg. Denn er steht als letzte Wahl, sagt Schiller, auch dem Schwächsten offen. Und vielleicht ist er das einzige Stück Freiheit, sagt Stefan Zweig, das man sein ganzes Leben ununterbrochen besitzt. Dass der Selbstmord keine Verzweiflungstat und keine Sünde ist, sondern Freiheit bedeutet, dieser Gedanke kursiert im Abendland schon seit der Antike. Und doch bleibt Gewalt gegen sich selbst eine Provokation. Denn der Einzelne, der sein Leben absichtlich beendet oder gefährdet, setzt alle ins Unrecht. Er weckt ihr schlechtes Gewissen. Er erzeugt Zorn. So erlebt es jedenfalls Norbert Denef, der nun seit vierzehn Tagen im Hungerstreik ist. Er sagt, dass viele Menschen wütend auf seinen Protest reagieren. Denef ist Sprecher des deutschlandweit größten Verbandes von Missbrauchsoffern netzwerkB und verweigert momentan jede Nahrung, weil er die gesetzlichen Zustände in diesem Land für die Betroffenen unaushaltbar findet. Und weil er sich von der SPD verraten fühlt. Die Zustände: Sexuelle Gewalt verjährt im Strafrecht nach zehn Jahren und im Zivilrecht nach drei Jahren. Weil aber Missbrauchsoffer aus Scham oft jahrelang schweigen, werden die Täter nicht recht-

zeitig angezeigt. Man kann sagen: Hier kollidiert das geltende Recht mit der Psychologie der Opfer. Das will Netzwerk B ändern, und viele Politiker wollen das auch. An Runden Tischen werden die Verjährungsfristen seit mehr als zwei Jahren diskutiert. Namentlich die SPD hat die Lösung des Problems zu ihrer Sache gemacht. Auf ihrem letzten Parteitag gab es Standing Ovationen sämtlicher Delegierter für eine Rede Norbert Denefs, der seine persönliche Geschichte erzählte: wie er als Kind jahrelang von katholischen Geistlichen missbraucht wurde, und wie die Täter, trotz eines Geständnisses, am Ende unbehelligt bleiben. Denef sagte am Schluss der bewegenden Rede: »Ich fordere Sie auf und bitte Sie herzlich, uns zu helfen, dass die Verjährungsfristen aufgehoben werden. Jetzt und nicht irgendwann!« Danach applaudierte der ganze Saal. Viele weinten. Und der Redner wurde von der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Hannelore Kraft lange umarmt. Und dann? Passierte nichts, sagt Denef. »Nur Gereede.« Tatsächlich beschloss die SPD keinen Antrag auf Aufhebung der Verjährungsfristen, aber sie überwies ihn zur Prüfung an die Bundestagsfraktion. Diese Prüfung hält Denef für Gereede. Es handelt sich aber um Demokratie. Trotzdem kann man verstehen, dass die demokratischen Gesetzgebungsprozesse die

Betroffenen manchmal zur Verzweiflung treiben. Sind nicht alle Argumente längst ausgetauscht? Hat nicht die SPD einmütig ihre Hilfe signalisiert? Ist die weitere Debatte nicht in Wahrheit verlogen? »Wir drehen uns im Kreis, und wenn man sich im Kreis dreht, muss man nach Auswegen suchen«, sagt Denef, »mein Ausweg ist der gewaltfreie Widerstand.« Gewaltfrei? Immanuel Kant, der ein scharfer Kritiker des Selbstmordes war, hätte argumentiert, dass das Hand-an-sich-Legen um eines politischen Zieles willen ein moralisches Verbrechen sei, weil das Subjekt sich selber zum Objekt degradiere. Friedrich Hegel hätte ergänzt, dass der Einsatz des eigenen Lebens für eine politische Sache zwar unter Umständen moralisch gerechtfertigt sei, aber dass der Staat sich trotzdem nicht erpressen lassen dürfe durch die Ultima Ratio eines angedrohten Suizids. – Da könnte ja jeder Lebensmüde Gesetze erpressen! Norbert Denef bestreitet die Erpressungslogik seines Hungerstreiks. Er sieht ihn als Demonstration und sagt, vom Sterben könne noch längst keine Rede sein. Doch wenn er weiter hungert?

Was müsste eigentlich geschehen, damit er den Hungerstreik abbricht? »Die SPD müsste das eindeutige Votum der Delegierten des Parteitages öffentlich anerkennen.« Es war aber verfahrenstechnisch kein Votum. Es war nur eine klare Sympathiebekundung. Eine symbolische Zusage. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag Christine Lambrecht sagte auf Anfrage der ZEIT: »Die rechtliche Situation der Opfer ist unzumutbar. Wir brauchen deutlich längere Verjährungsfristen. Also 20 Jahre im Strafrecht und 30 Jahre im Zivilrecht.« Der SPD-Gesetzesentwurf dafür sei bereits durch die erste Lesung, werde aber von der Regierungskoalition nicht weiter bearbeitet. »Wir wollen das in der nächsten Sitzungswoche im Rechtsausschuss thematisieren. Wenn das nicht geschieht, wollen wir eine Geschäftsordnungsdebatte im Bundestag erwirken.« Die komplette Aufhebung der Verjährungsfristen sei politisch jetzt nicht durchsetzbar, auch verfassungsrechtlich heikel. »Wir wollen aber Gerechtigkeit herstellen und die rechtliche Lage der Opfer verbessern.



Norbert Denef, 63, ist Sprecher von netzwerkB

Wir hoffen, dass Norbert Denef bald wieder mit uns gemeinsam kämpft.« Die SPD war sich aber nicht ganz sicher, ob das dem Streikenden genügt. Deshalb hat Manuela Schwesig vom Bundesvorstand der Partei ihn persönlich angerufen. Sie sagt: »Die SPD will so weitgehend wie keine andere Partei die Fristen verlängern. Wir hoffen, dass Herr Denef erkennt, dass er Gehör findet. Denn wir sind ihm sehr dankbar für sein Engagement und seinen Mut, das Thema sexualisierte Gewalt an der Tabuzone herauszuziehen. Wir hoffen inständig, dass er seinen Hungerstreik abbricht.« Norbert Denef, wenn man ihn bittet, seinen Streik zu beenden, entgegnet, dass etwas ganz anderes beendet werden müsse. Nämlich das Lügen beim Thema Missbrauch. Der Verrat. Er wolle die Politik nicht erpressen, sondern ihr einen Spiegel vorhalten. »Ich bin auch nicht wütend, sondern ganz gelassen. Mein Vorbild ist Mahatma Gandhi, der mit seinem Hungerstreik die Welt verändert hat.« Vielleicht muss man den Hungerstreik wirklich als Streik betrachten und nicht als Drohung mit Selbstmord. Selbstmord ist nur dann ein Ausweg, wenn man verzweifelt ist, aber kein Ausweg, wenn man eine politische Agenda verfolgt. Denn die Agenda kann immer scheitern. Dann hat man sich sinnlos ins Nichts gestürzt.